

## Stichwort

## „Islamophobie“

JOHANNES THOMAS

Der Begriff „Islamophobie“ ist zwar eine Erfindung militanter Islamisten, er hat aber dennoch eine erfolgreiche Karriere gemacht und dient heute insbesondere dazu, die laizistischen Verfechter des Kopftuchverbots an öffentlichen Schulen als Rassisten abzustempeln. Geprägt nach dem Muster des Begriffs der „judéophobie“, also mit unterschwelligem Anklängen an die Judenverfolgungen, suggeriert er ebenso listig wie unberechtigt eine Opferrolle der Muslime im laizistisch geprägten Frankreich. Nach Mitteilung des französischen Innenministeriums hat es 2002 viermal so viele antisemitische Aktionen gegeben wie antimaghrebinische oder antiislamische.

Erstmals verwendet wurde der Begriff „Islamophobie“ von den iranischen Mullahs, um damit jene Frauen zu diskreditieren, welche die Verschleierung ablehnten und darin von westlichen Feministinnen unterstützt wurden. Danach diente er zur Stigmatisierung aller muslimischen Reformer und Kritiker des islamistischen Totalitarismus in den islamischen Staaten. In Frankreich wurde er durch *Tariq Ramadan* populär gemacht, der die Fernschirmschirme mit seinem Bekenntnis zu einem (sehr speziellen) reformorientierten Islam erobert hat, vor allem seit seinem viel beachteten Auftritt bei den Globalisierungsgegnern (Attac) auf dem 2. „Europäischen Sozialforum“. Die dort versammelte

radikale französische Linke teilt naturgemäß den Antiamerikanismus, Antiliberalismus und die Globalisierungsgegnerschaft der Islamisten, mit deren Hilfe sie auf der Suche nach „dem Volk“ neue Wählerschichten in den Vororten zu erschließen hofft.

Es scheint niemanden zu stören, dass *Ramadan*, der neue muslimische Medienstar, ein integrationsfeindlich-separierendes Konzept für Muslime an öffentlichen Schulen entworfen hat (nachlesbar in: *Les Musulmans dans la laïcité, Responsabilités et droits des musulmans dans les sociétés occidentales*, Lyon 1994) oder dass in einem auf seiner Website veröffentlichten „lexique islamique“ zu seinem Großvater, dem Begründer der fundamentalistischen Muslimbrüder, zur Rolle der Märtyrer oder zur Steinigung von ehebrechenden Frauen Ausführungen zu lesen sind („Die Gelehrten“ hätten „sehr präzise Bedingungen“ formuliert, die eine Steinigung „rechtfertigen“; man solle sich aber heute Zeit lassen „mit der Bestimmung der heute notwendigen Bedingungen“ [...] „für körperliche Strafen“), die sich zwar durch geschickte Formulierung auszeichnen, aber durchaus auch Fundamentalisten gefallen dürften (vgl. *Bernard-Henri Lévy: L'autre visage de Tariq Ramadan*. In: „Le Monde“, 1.11.2003).

Wo es um den Islam geht, ist die Tendenz zum Messen mit zweierlei Maß augenfällig.

Als Jean-Marie Le Pen, der Vorsitzende des rechtsextremen „Front national“, auflistete, welche Journalisten in Frankreich aufgrund ihrer jüdischen Herkunft so schreiben, wie sie schreiben, wurde er von einem ordentlichen Gericht wegen Rassismus verurteilt. Als Tariq Ramadan den früheren sozialistischen Gesundheitsminister und Gründer von „Médecins sans frontières“, Bernard Kouchner, die Intellektuellen André Glucksmann, Pascal Bruckner, Bernard-Henri Lévy und andere bezichtigte, sie verträten proamerikanische Positionen, weil sie eben von ihrer Herkunft her Juden seien, hinderte das die Globalisierungsgegner nicht, ihn zu ihrem Gipfel einzuladen, noch veranlasste es die Justiz zum Einschreiten.

Jede Form der Verhöhnung des Christentums ist erlaubt und hat spätestens seit dem Surrealismus eine reiche literarische und künstlerische Tradition. Kürzlich erst konnte etwa Canal + in seiner Sendung „Les Guignols de l'info“ Papst Johannes Paul II. als stumpfsinniges Wrack zeigen, das von aggressiven Fleischmaden heimgesucht wird, ohne irgendwelche Reaktionen befürchten zu müssen. Aber als der international am meisten beachtete französische Autor Michel Houellebecq sich abfällig über den Islam äußerte, musste er sich dank des Eingreifens der Menschenrechtsliga vor Gericht verantworten. Des Weiteren verlangte die linke „Mrap“ (Mouvement contre le racisme et pour l'amitié entre les peuples) den Rücktritt Claude Imberts von seiner Funktion im „Hohen Rat für die Integration“, weil er sich angesichts des Kesseltreibens gegen Kritiker eines intransigenten Islams selbst als „ein wenig islamophob“ bezeichnet hatte. Der Rat für die Integration hat daraufhin einstimmig

eine Resolution verabschiedet, in der er festhält, dass die Meinungsfreiheit von der Verfassung garantiert ist und Kritik, an welcher Religion auch immer, weder als rassistisch noch als xenophob gelten dürfe (vgl. hierzu und zum vorhergehenden: Eric Cohan: Qui parle d'islamophobie? In: „L'Express“, 4.12.2003).

Der Rassismusbegriff stützt sich darauf, dass die Muslime meist (nord-)afrikanische Vorfahren haben und die Islamisten sämtliche Einwanderer arabischer Herkunft für den Islam zu vereinnahmen suchen. Durch diese im Grunde rassistische Gleichsetzung von arabischer Herkunft und Religion droht der tatsächlich gegen die afrikanische Einwanderung gerichtete Rassismus in den Hintergrund zu treten. Den muslimischen Integristen geht es eben nicht um die Integration der Einwanderer, sondern um deren Beherrschung im Namen einer Religion, über die sie die Interpretationshoheit beanspruchen. Daher wendet sich ihr Islamophobie-Vorwurf ganz besonders gegen Muslime, die für einen modernen Islam unter den Bedingungen der französischen Republik eintreten oder sich gar in einer der großen französischen Parteien engagieren. Inzwischen gibt es Schützenhilfe für die Islamisten auch schon aus dem linken universitären Lager. In einem 2003 erschienenen Pamphlet klagt Vincent Geisser (La Nouvelle Islamophobie, Paris 2003) die algerischen Vorkämpferinnen für die Rechte der Frauen, die im Pariser Exil leben, die reformbereiten Verantwortlichen der Moschee von Paris und selbst Malek Boutih, den Begründer von SOS Racisme, an, eine rassistische Islamophobie zu begünstigen.